



DIE LINKE.

Gruppe „Grüne/Linke“ im Gemeinderat Seevetal

**Gemeinde Seevetal
Die Bürgermeisterin
Kirchstraße 11
21218 Seevetal**

Joachim Kotteck
Winsener Landstr. 55a
21217 Seevetal
Telefon: +49 171 2202828
j.kotteck@t-online.de

Seevetal, 16.02.2024

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Weede,
sehr geehrte Damen und Herren,
der Verwaltungsausschuss und Gemeinderat beschließt:

Gegen Rechtsextremismus und für Menschenwürde:

**Der Rat der Gemeinde Seevetal möge sich der «Trierer Erklärung»
des Deutschen Städtetages anschließen!**

Der Deutsche Städtetag hatte damit auf das bekanntgewordene Treffen von Rechtsradikalen in Potsdam reagiert. Das Medienhaus Correctiv hatte über das Treffen am 25. November 2023 berichtet, an dem auch AfD-Politiker sowie einzelne Mitglieder der sehr konservativen Werteunion teilgenommen hatten.

Wir stehen gemeinsam ein für Vielfalt, Toleranz und Menschlichkeit! Dass der Rat über Parteigrenzen hinweg dieses geschlossene Zeichen setzt, ist heute vielleicht wichtiger denn je. Wir dürfen nicht zulassen, dass rechtsextreme Kräfte eine Atmosphäre der Verunsicherung, der Angst und des Hasses in unserem Land schüren.



DIE LINKE.

Gruppe „Grüne/Linke“ im Gemeinderat Seevetal

Joachim Kotteck

Anlagen:



240118-trierer-erklae
rung.pdf

Joachim Kotteck
Winsener Landstr. 55a
21217 Seevetal
Telefon: +49 171 2202828
j.kotteck@t-online.de



DIE LINKE.

Gruppe „Grüne/Linke“ im Gemeinderat Seevetal

Joachim Kotteck
Winsener Landstr. 55a
21217 Seevetal
Telefon: +49 171 2202828
j.kotteck@t-online.de

Deutscher 
Städtetag

18.01.2024

Trierer Erklärung des Deutschen Städtetages

Das jüngst bekannt gewordene Treffen von AfD-Funktionären mit Mitgliedern der Identitären Bewegung und die dort diskutierte Deportation von Millionen Menschen aus Deutschland hat uns alle schockiert. Wir nehmen es nicht hin, dass rechtsextreme Kräfte eine Atmosphäre der Verunsicherung, der Angst und des Hasses in unserem Land und in unseren Städten schüren.

In unseren Städten leben Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammen – als Nachbarinnen und Nachbarn, als Kolleginnen und Kollegen, als Freundinnen und Freunde, als Familie. Das ist die Lebensrealität in unseren Stadtgesellschaften. Das macht unsere Städte aus. Unsere Städte gehören allen Menschen, die hier leben. Wir akzeptieren nicht, dass Bürgerinnen und Bürger, dass Familien, dass sogar Kinder in unseren Städten Angst davor haben müssen, von hier vertrieben zu werden.

Unterschiedliche Meinungen, unterschiedliche Bewertungen politischer Themen, auch unterschiedliche Positionen zur Migrations- und Asylpolitik sind Teil unserer Demokratie. Demokratie braucht Auseinandersetzung, Demokratinnen und Demokraten müssen auch Streit aushalten und Widerspruch akzeptieren. Was wir nicht akzeptieren, ist, wenn der Kern unserer Verfassung und die Basis unseres Zusammenlebens angegriffen wird: die Würde des Menschen.

Menschenwürde, Demokratie und Rechtsstaat müssen immer wieder neu verteidigt werden. Eine wehrhafte Demokratie lebt von einer aktiven und wachen Zivilgesellschaft vor Ort. Das haben Zehntausende Menschen in den vergangenen Tagen in unseren Städten deutlich gemacht. Die Menschen, die aktuell gemeinsam auf die Straßen gehen, um Farbe zu bekennen für Demokratie und Menschenwürde, senden ein klares Signal der Solidarität – und gegen die Spaltung unserer Stadtgesellschaften.